

# Dez. 2 Finanzen und Wirtschaft

## Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0352/20

Titel der Drucksache

Alternative und zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten der Schulsanierung

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? Ja.

Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? Ja.

Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? Ja.

Stellungnahme

Zur Beschlussvorlage der CDU-Fraktion nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Stadtverwaltung Erfurt befindet sich permanent mit Banken und anderen Finanzinstituten, insbesondere der Sparkasse, in Gesprächen. Ein wichtiger Inhalt solcher Gespräche ist die Finanzierung städtischer Investitionen.

Zu beachten ist jedoch, dass sogenannte ÖPP-Modelle keine zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten schaffen, sondern lediglich Alternativen zu herkömmlichen Kreditfinanzierungen darstellen. Bei den ÖPP-Modellen handelt es sich um kreditähnliche Rechtsgeschäfte die nach § 64 ThürKO genehmigungspflichtig sind. Die daraus zu leistenden Zahlungen (Mieten, Leasingraten etc.) belasten die freie Finanzspitze der Stadt und führen dazu, dass die Verschuldungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Da ein Großteil der zukünftigen Investitionen laut Finanzplan kreditfinanziert sind, müssten entsprechend Einsparungen bei den geplanten Investitionen vorgenommen werden.

Angesichts der derzeitigen Zinssituation erwartet die Stadtverwaltung keinen Finanzierungsvorteil durch ÖPP. Im Gegenteil, man geht vielmehr davon aus, dass auf Grund der Bonität öffentlich-rechtlicher Gläubiger die Finanzierung der Stadt über klassische Kommunalkredite im Vergleich zur privaten Finanzierung kostengünstiger ist.

Inwieweit eine Förderung über die Thüringer Schulbauförderrichtlinie zur Finanzierung von ÖPP-Modellen möglich ist, ist mehr als fraglich.

Die DS insgesamt ist aus Sicht der Verwaltung abzulehnen. Die Kapazitäten innerhalb der Verwaltung sollten vollumfänglich auf die Umsetzung der veranschlagten HH-Mittel im Bereich der Schulen gelegt werden.

Hinweis:

Insbesondere der Bundesrechnungshof kritisiert in der Vergangenheit immer wieder realisierte ÖPP-Maßnahmen. Im Vorfeld erhoffte und prognostizierte Kostenvorteile werden nicht realisiert. Unter folgendem Link findet sich hierzu eine interessante Berichterstattung:

[https://www.deutschlandfunkkultur.de/oeffentlich-private-partnerschaften-pleiten-pech-und-pannen.976.de.html?dram:article\\_id=310179](https://www.deutschlandfunkkultur.de/oeffentlich-private-partnerschaften-pleiten-pech-und-pannen.976.de.html?dram:article_id=310179)

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

gez. Linnert  
Unterschrift Beigeordneter

25.02.2020  
Datum